

A n t r a g

der Fraktion der AfD

EntschlieÙung

**zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/3581 -
Konferenz zur Zukunft Europas - Bürgerinnen und Bür-
ger des Freistaats Thüringen beteiligen und die Euro-
päische Union stärken**

**Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union
muss offen, ausgewogen, in transparenten Verfahren
und nicht als gelenkter Diskurs geführt werden**

- I. Der Landtag stellt fest,
 1. dass es den Akteuren der Europäischen Union (EU) und den ihnen folgenden nationalstaatlichen Akteuren inklusive der Thüringer Landesregierung mit der Debatte im Rahmen der "Konferenz zur Zukunft Europas" ("Zukunftskonferenz") im Wesentlichen nicht um eine ergebnisoffene, faire Reflexion geht, sondern darum, eine weitere Zentralisierung und Kompetenzerweiterung der EU ins Werk zu setzen;
 2. dass der Freistaat Thüringen seit Jahren darauf verzichtet, namentlich im Rahmen der Beratung der EU-Frühwarndokumente die bereits heute vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um gegenüber der EU einzufordern, sie möge sich "auf Bereiche fokussieren, bei denen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auf europäischer Ebene ein substantieller Mehrwert gegenüber nationalen, regionalen oder kommunalen Regelungen besteht", wie es die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in ihrer Erklärung anlässlich der 4. Europa-Konferenz am 1. Februar 2021 zur Konferenz zur Zukunft Europas fordern;
 3. dass Debatten im Rahmen betreuter Foren und Prozesse, die wie die Zukunftskonferenz lediglich der "Top-down"-Etablierung von Positionen dienen, nicht dem von den Akteuren der EU erhobenen Anspruch entsprechen, "einen neuen Raum für die Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern [zu] eröffnen" (Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas; Austausch mit

den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie - Aufbau eines resilienteren Europas vom 5. März 2021);

4. dass nicht ersichtlich ist, ob sich auch Thüringer Bürger unter den ausgewählten Teilnehmern der Zukunftskonferenz befinden und jedenfalls verborgen bleibt, ob auch Thüringer Bürger an den Foren der Zukunftskonferenz beteiligt sind;
5. dass sich der von der EU betriebene Diskussionsprozess der Zukunftskonferenz im Ganzen als ein nicht ergebnisoffenes Verfahren darstellt und dass die Debatten und die Einbindung von zufällig und in einem undurchsichtigen Verfahren ausgewählten Bürgern darauf gerichtet sind, den politischen Zielsetzungen der EU-Institutionen eine inszenierte Legitimität zu verleihen;
6. dass die Beteiligung zufällig ausgewählter und nicht in einem Wahlprozess legitimer Bürger an der Zukunftskonferenz nicht mit demokratischer Mitwirkung oder deren Beförderung gleichgesetzt werden kann;
7. dass die Entfremdung der EU von den Bürgern sowie das Demokratiedefizit und der Legitimationsmangel der Union im institutionellen Rahmen der EU bisher nicht überwunden werden konnten sondern vertieft wurden und daher eine grundlegende Reform der EU anzustreben ist, die darauf zielt, das Projekt der Schaffung eines gesamteuropäischen Staates preiszugeben und ein Europa der Vaterländer zu begründen - also eine europäische Kooperation, die als Gemeinschaft souveräner, demokratischer Rechtsstaaten konzipiert ist, welche auf all jenen Gebieten zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können;
8. dass für den Fall eines Scheiterns von grundlegenden Reformen ein Austritt Deutschlands aus der EU anzustreben ist.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. künftig vor allem auch im Rahmen der Prüfung von Frühwarndokumenten (Subsidiaritätsprüfungen) Selbstermächtigungsbestrebungen der EU konsequent entgegenzuwirken und die Beschränkung der EU auf Bereiche und Materien strikt einzufordern, bei denen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auf europäischer Ebene gegenüber Thüringer beziehungsweise deutschen Regelungen tatsächlich ein Gewinn für die Thüringer Bürger besteht;
2. sich dafür einzusetzen, dass die Meinungs- und Willensbildung der Thüringer Bürger über die Zukunft der EU und der Politik in Europa in freien und offenen (also auch: ergebnisoffenen) Diskussionsprozessen und nicht in gelenkten Debatten erfolgen.

Begründung:

Im Bewusstsein ihres in den letzten Jahren immer deutlicher zutage tretenden, insbesondere auf einem Demokratiedefizit beruhenden Legitimationsmangels hat die Europäische Union einen Diskussionsprozess um die "Zukunft Europas" (womit die Zukunft der EU gemeint ist) auf den Weg gebracht, der gegenwärtig im Rahmen der "Konferenz zur Zukunft Europas" stattfindet. Bereits die Diskussionen im Thüringer Landtag um das Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas vom März 2017 und um die dem Weißbuch folgenden Reflexionspapiere der Kommission offenbarten, dass es den Akteuren der EU und den ihnen folgenden nationalstaatlichen Akteuren inklusive der Thüringer Landesregierung mit der Debatte im Wesentlichen nicht um eine ergebnisoffene, faire Reflexion geht, sondern darum, eine weitere Zentralisierung und Kompetenzausweitung der EU ins Werk zu setzen.

Da es sich bei den Mitgliedern der im Rahmen der Zukunftskonferenz eingerichteten Bürgerforen um Bürger handelt, die in einem intransparenten Verfahren nach dem "Zufallsprinzip" (aber dennoch bestimmten Quotenvorgaben entsprechend) ausgewählt wurden, ist die Zusammensetzung dieser Bürgerforen in keiner Weise repräsentativ. So weit zu sehen, sind dort im Übrigen auch keine Thüringer Bürger beteiligt. Die Bürgerforen sind von niemandem gewählt und in diesem Sinne nicht demokratisch legitimierte Gremien. Dieser Umstand wird verdeckt, wenn die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in ihrer Erklärung anlässlich der 4. Europa-Konferenz am 1. Februar 2021 zur Konferenz zur Zukunft Europas von einer "intensive[n] Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Konferenz" sprechen.

Tatsächlich werden die Debatten und Resultate der Bürgerforen von den EU-Institutionen mediatisiert und dominiert. Von einer freien und unabhängigen Meinungsbildung innerhalb der Bürgerforen kann nicht die Rede sein. So handelt es sich um betreute und beaufsichtigte Diskussionen und dementsprechend um einen gelenkten Diskurs. Besonders augenfällig wird dieser Umstand an der Zusammensetzung der Plenarversammlung der Konferenz. Hier machen die Bürger gerade ein Viertel der Mitglieder aus, während die restlichen drei Viertel aus EU- und nationalen Berufspolitikern sowie professionellen Vertretern partikularer Interessen bestehen. Auch die Diskussionen innerhalb der Nationalstaaten wie etwa im Freistaat Thüringen stellen sich als in hohem Maße von einseitig den weiteren Ausbau der politischen Union fordernden ("noch mehr EU") Akteuren dar.

Die "digitale Plattform", die einen Teil der Zukunftskonferenz darstellt und die Möglichkeit für EU- und damit auch für Thüringer Bürger bieten soll, Ideen und Beiträge online zu äußern, unterwirft die entsprechenden Beiträge einem gänzlich intransparenten Filterprozess. Die Veröffentlichung der Beiträge steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, Inhalte, die gegen die sogenannte Charta der Zukunftskonferenz verstoßen, "von der Plattform zu entfernen, und Einzelpersonen oder Organisationen, die die Grundsätze der Konferenz missachten, das Recht auf Nutzung der visuellen Identität der Konferenz zu verwehren oder zu entziehen" (<https://futureu.europa.eu/pages/charter?locale=de>). Da es die EU-Institutionen selbst sind, die über einen möglichen Verstoß befinden und entsprechende Interpretationsspielräume haben, ist fraglich, ob ein solcher Vorbehalt den offenen und freien Austausch befördert.

Der bisherige Prozess innerhalb der Zukunftskonferenz bestätigt, dass die Debatten darauf gerichtet sind, den politischen Zielsetzungen der EU-Institutionen (namentlich: mehr Kompetenzen für die EU; Zentralisierung; EU-weite Umverteilung und Schuldenunion; Unterwerfung möglichst aller Politikfelder unter das Ziel der Erreichung einer sogenannten Klimaneutralität; Schaffung multikultureller, fragmentierter und tribalisierter Gesellschaften; Gender-Mainstreaming et cetera) eine inszenierte Legitimität zu verleihen.

Die öffentliche Debatte um die Zukunft der EU kann nur dann in Anspruch nehmen, die Pluralität der Interessen und Meinungen der Bürger frei zum Ausdruck kommen zu lassen, wenn sie offen, ausgewogen und nicht manipulativ geführt wird. Der von der EU mit der Zukunftskonferenz gesetzte Rahmen wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Auch dies ist als Zeichen dafür zu werten, dass die EU einer grundsätzlichen

Reform bedarf, die auf die Preisgabe des Ziels einer politischen Union und eines entsprechenden europäischen "Superstaates" zielen und stattdessen ein Europa der Vaterländer als Form der europaweiten politischen Kooperation anstreben muss.

Für die Fraktion:

Braga